International Coalition for Human Rights in the Philippines

PHILIPPINE ELECTION 2022
INTERNATIONAL OBSERVER MISSION

IOM Bulletin No. 1 | March 1, 2022

VORSTELLUNG DER PHILIPPINISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN

ichrp.net

ICHRPGlobal

Die internationale Beobachtermission beginnt ihre Arbeit zu den philippinischen Wahlen 2022 in einem Land, das sich bereits in einer Atmosphäre weit verbreiteter, gewaltsamer politischer und sozialer Unterdrückung befindet, die eine Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Folge hatte und im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen weiterhin im Mittelpunkt steht.

Um den Hintergrund des Wahlkampfes zu verdeutlichen, beginnt die IOM mit einem kurzen Blick auf die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten. Die COMELEC (Philippinische Wahlkommission) hat zehn akkreditiert.

Republic of the Philippines
COMMISSION ON ELECTIONS
Intramuros, Manila
MAY 9, 2022 NATIONAL AND LOCAL ELECTIONS

Certified List of Candidates
(NATIONAL)
(PHILIPPINES)

PHILIPPINES

PHILIPPINES

PRESIDENT				
#	NAME TO APPEAR ON THE BALLOT	SEX	NAME	POLITICAL PARTY
1	ABELLA, ERNIE (IND)	MALE	ABELLA, ERNESTO CORPUS	INDEPENDENT
2	DE GUZMAN, LEODY (PLM)	MALE	DE GUZMAN, LEODEGARIO QUITAIN	PARTIDO LAKAS NG MASA
3	DOMAGOSO, ISKO MORENO (AKSYON)	MALE	DOMAGOSO, FRANCISCO MORENO	AKSYON DEMOKRATIKO
4	GONZALES, NORBERTO (PDSP)	MALE	GONZALES, NORBERTO BORJA	PARTIDO DEMOKRATIKO SOSYALISTA NG PILIPINAS
5	LACSON, PING (PDR)	MALE	LACSON, PANFILO MORENA	PARTIDO PARA SA DEMOKRATIKONG REPORMA
6	MANGONDATO, FAISAL (KTPNAN)	MALE	MANGONDATO, FAISAL MONTAY	KATIPUNAN NG KAMALAYANG KAYUMANGGI
7	MARCOS, BONGBONG (PFP)	MALE	MARCOS, FERDINAND JR. ROMUALDEZ	PARTIDO FEDERAL NG PILIPINAS
8	MONTEMAYOR, JOSE JR. (DPP)	MALE	MONTEMAYOR, JOSE JR. CABRERA	DEMOCRATIC PARTY OF THE PHILIPPINES
9	PACQUIAO, MANNY PACMAN (PROMDI)	MALE	PACQUIAO, EMMANUEL DAPIDRAN	ABAG PROMDI
10	ROBREDO, LENI (IND)	FEMALE	ROBREDO, MARIA LEONOR GERONA	INDEPENDENT

DIE PLATTFORMEN DER KANDIDATEN IN ALLER KÜRZE

Der unabhängige Thinktank **IBON Foundation** hat die sechs prominentesten Kandidaten - Marcos, Lacson, Domagoso, Pacquiao, Robredo und De Guzman - anhand ihrer Programme zusammengefasst und bewertet. IBON kam zu dem Schluss, dass sie sich, abgesehen von De Guzman, stark ähneln und eine konservative, marktfreundliche Agenda vertreten, die widerspiegelt, wie die Oligarchen und Großkapitalisten des Landes die Wirtschaftspolitik bestimmen. Drei der zehn reichsten Multimilliardäre des Landes stehen auch hinter drei der fünf größten politischen Parteien des Landes - und sind bei Präsidentschaftskandidaturen und in der Regierung allgegenwärtig. Das tiefere Problem, so IBON, besteht darin, dass der neoliberale Kurs der Wirtschaft seit über vier Jahrzehnten ungebrochen ist, trotz scheinbar großer Unterschiede zwischen den regierenden Fraktionen und politischen Regimen.

VIZE-PRÄSIDENTIN LENI ROBREDO

Die ehemalige Menschenrechtsanwältin und Kongressabgeordnete Maria Leonor Robredo besiegte Bongbong Marcos bei den Wahlen zum Vizepräsidentenamt 2016.

Als Vizepräsidentin kritisierte und verurteilte sie die "sinnlosen Tötungen" im Krieg gegen die Drogen, dann wurde sie zu Dutertes "Drogenbeauftragter" ernannt, aber nur 18 Tage später wieder gefeuert. Sie diente auch kurzzeitig als Dutertes Wohnungsbaubeauftragte, bevor sie von den Kabinettssitzungen ausgeschlossen wurde.

Sie kandidiert mit einem 5-Punkte-Programm: Wiederherstellung des Vertrauens in die Regierung, Stärkung der philippinischen Industrie, Beendigung der Diskriminierung bei der Einstellung von Arbeitskräften, Unterstützung für kleine Unternehmen, Bekämpfung des Verlusts von Arbeitsplätzen.

Sie erhielt die Unterstützung von 1Sambayan, einer breiten Koalition, die sich dafür einsetzt, dass Duterte nach diesen Wahlen nicht an der Macht bleibt. Sie wurde auch von der fortschrittlichen Makabayan-Koalition befürwortet. Robredo verpflichtete sich zur Zusammenarbeit bei den wichtigsten Anliegen der Makabayan:

- Förderung eines wissenschaftlichen, volksfreundlichen und nicht-militaristischen Ansatzes zur Bekämpfung der Pandemie
- Durchsetzung des Gesetzes über die Sicherung des Landbesitzes und Förderung der Beschäftigung
- Maßnahmen zur Landumwandlung und Hilfe für Landwirte
- Überprüfung der bestehenden Bergbaugesetze
- Fortsetzung der Friedensgespräche
- Wahrung der Menschenrechte und Änderung des Anti-Terrorismus-Gesetzes
- Vorrangige Überprüfung der Fälle älterer und kranker Gefangener und Rückgabe der Senderechte von ABS-CBN
- Verantwortliche, die in Korruption und Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, zur Rechenschaft ziehen
- Politische und wahlpolitische Reformen
- Kampf für die Souveränität und die souveränen Rechte des Landes; Wahrung dieser Rechte.

SENATOR MANNY PACQUIAO

Emmanuel Dapidran Pacquiao, der weltberühmte Boxer, kandidiert für das Amt des Präsidenten unter der PROMDI mit dem stellvertretenden Sprecher Lito Atienza als seinem Kandidaten. Früher gehörte er der PDP-Laban-Partei an - der Partei des derzeitigen Präsidenten Rodrigo Duterte -, doch ein Konflikt zwischen Politikern führte zur Spaltung der Partei. Pacquiao hat erklärt, dass er eine Untersuchung des Drogenkriegs und der Morde in Davao, die während der Amtszeit von Duterte stattfanden, durch den Internationalen Strafgerichtshof zulassen würde.

Pacquiaos Programm konzentriert sich auf die Korruptionsbekämpfung und er will korrupte Regierungsbeamte ins Gefängnis bringen, wenn er Präsident wird. Im Rahmen seines Plans zum Aufbau einer besseren Infrastruktur für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Wohnraum und Gesundheitsversorgung auf den Philippinen versprach er, Mittel zur Finanzierung von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen bereitzustellen. Während er den Konflikt im West-Philippinischen Meer durch ein Friedensgremium lösen will, ist er auch bereit, das Abkommen über den Besuch von Streitkräften zwischen den Philippinen und den Vereinigten Staaten zu stärken und einen Krieg mit China zu beginnen. In Bezug auf den philippinischen Bürgerkrieg unterstützt Pacquiao die Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) und sagt, dass er denjenigen, die aufgrund von Armut zu den Waffen greifen, keine Schuld gibt. In Bezug auf andere soziale Themen hat sich Pacquiao gegen Abtreibung und LGBTQ-Menschen ausgesprochen, während er seine frühere starke Haltung zur Todesstrafe zurückgenommen hat.

BONGBONG MARCOS

Ferdinand "Bongbong" Marcos Jr. (BBM), 64, ehemaliger Senator und Präsidentschaftskandidat der Partido Federal ng Pilipinas, kandidiert zusammen mit Inday Sara Duterte-Carpio, der Tochter von Präsident Duterte und Bürgermeisterin von Davao City. Die Partido Federal ng Pilipinas wurde 2018 von Anhängern des amtierenden Präsidenten Duterte gegründet, um eine föderale Verfassung für das Land zu fördern.

Die BBM-Sara-Kampagne wird von UniTeam unterstützt, einer Koalition aus vier Parteien: Hugpong ng Pagbabago (Sara Dutertes Regionalpartei in Mindanao), LAKAS-CMD (eine Kombination aus christdemokratischer und islamischer demokratischer Partei), Pwersa ng Masang Pilipino (die Partei des abgesetzten Präsidenten Joseph Estrada) und Partido Federal ng Pilipinas.

BBM-Sara sagen vage, dass sie die Politik von Präsident Duterte fortsetzen und ausweiten werden. Das bedeutet, dass sie den Krieg gegen die Armen unter dem Deckmantel eines "Krieges gegen die Drogen", den Krieg gegen Andersdenkende unter dem Deckmantel einer Aufstandsbekämpfungskampagne und den Krieg gegen das Volk der Moro unter dem Deckmantel des seit langem laufenden "Krieges gegen den Terror" fortsetzen werden. Es bedeutet die Fortsetzung des "Build-Build-Build"-Programms mit kreditfinanzierten Megaprojekten und massiven Stadträumungen.

In Bezug auf die COVID-19-Pandemie versprach Marcos Jr. im November letzten Jahres ein erweitertes Impfprogramm, insbesondere für Lehrer, und mehr Mittel für die medizinische Forschung, ohne jedoch die militärische Kontrolle und den bestrafenden Umgang mit den COVID-19-Maßnahmen der Regierung zu beenden.

Außerdem leugnet Marcos Jr. entschieden die massiven Menschenrechtsverletzungen und Plünderungen, die von seinem Vater, dem Diktator Ferdinand Marcos (1972-86), begangen wurden, und versucht, die umstrittene Geschichte der Familie umzuschreiben.

Sowohl Marcos Jr. als auch Sara Duterte verfügen über die meisten finanziellen Mittel für den Wahlkampf und führen die Umfragen mit Abstand an.

PING LACSON

Senator Panfilo "Ping" Lacson, 73, absolvierte die philippinische Militärakademie und diente während des Kriegsrechts in der philippinischen Polizei (Constabulary). Präsident Joseph Estrada ernannte ihn 1999 zum Leiter der präsidialen Task Force zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und schließlich zum Chef der philippinischen Nationalpolizei. Während der zweiten EDSA People Power im Januar 2001 zog Lacson seine Unterstützung für Präsident Estrada zurück.

Er zog 2001 und 2007 für die Estrada-Partei in den Senat ein. Im Jahr 2004 kandidierte er auch für das Präsidentenamt, verlor aber. Im Dezember 2013 ernannte ihn Präsident Benigno Aquino III. nach dem Taifun Yolanda/Haiyan zum Assistenten des Präsidenten für Rehabilitation und Wiederaufbau, aber er kündigte aus Frustration über die mangelnde Unterstützung aus dem Staatshaushalt.

Lacson wird beschuldigt, in den Mordfall Dacer-Corbito in Cavite am 24. November 2000 verwickelt zu sein. Buddy Dacer war ein hochrangiger Publizist, der dem ehemaligen Präsidenten Ramos angeblich belastende Beweise für Insidergeschäfte lieferte, als er und sein Fahrer in Makati City entführt und getötet wurden. Lacson wurde schließlich 2010 wegen Mordes angeklagt, aber die Anklage wurde 2011 vom Berufungsgericht zurückgewiesen. Weitere Nachwuchspolizisten wurden angeklagt. Lacson floh aus dem Land, um einer Verhaftung zu entgehen.

Lacson wird auch mit dem Massaker von Kuratong Baleleng am 18. Mai 1995 in Quezon City in Verbindung gebracht. Lacson war Polizeichef, als er an der Pressekonferenz teilnahm und behauptete, die 11 Mitglieder der berüchtigten Bankräuberbande seien bei einer Schießerei mit der Task Force zur Bekämpfung von Banküberfällen getötet worden. Doch bald darauf sagten andere Polizisten aus, dass die 11 bei ihrer Hinrichtung in Handschellen lagen.

Lacson sagt, dass Hunger, Arbeitslosigkeit, Bildung, steigende Schulden und die Auswirkungen der Pandemie die Themen der nationalen Wahlen sind und dass die Korruption der Hauptfaktor ist, der das Land behindert.

In seinen ersten 100 Tagen will Lacson die Regierung von den Unfähigen, Korrupten und Undisziplinierten befreien und ein sauberes Führungsteam aus Technokraten einsetzen.

Er versprach, das Pantawid Pamilyang Pilipino Programm (4Ps - staatlich gefördertes Bargeldtransferprogramm) auszuweiten und den Hungernden und Arbeitslosen mehr Unterstützung zukommen zu lassen, sowie ein universelles Gesundheitsprogramm mit mehr Gesundheitseinrichtungen auf allen Ebenen einzuführen und die Gehälter der Fachkräfte im Gesundheitswesen zu erhöhen, um sie davon abzuhalten, das Land zu verlassen.

Durch die Bereitstellung von Saatgut, Düngemitteln, Maschinen und Bewässerungsanlagen für den Agrarsektor will er die Ernährungssicherheit erhöhen und die Abhängigkeit von Importen beenden. Er setzt sich für eine Schule in jedem Barangay (Ort, Viertel) ein, vor allem in entlegenen und von Konflikten heimgesuchten Gebieten. Er schlägt eine kostenlose Hochschulausbildung und ein Programm für bezahlte Praktika vor.

NORBERTO GONZALES

Norberto Gonzales war Verteidigungsminister unter der ehemaligen Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo (PGMA), berüchtigt für politische Morde und das Führen einer schwarzen Liste progressiver und stimmgewaltiger Filipinos im Ausland und ausländischer Staatsbürger. Jetzt kandidiert er für die Partido Demokratiko Sosyalista ng Pilipinas für das Präsidentenamt.

Gonzales diente von Februar 2001 bis Januar 2004 als Berater des Präsidenten für Sonderangelegenheiten unter PGMA. Anschließend war er von Februar 2005 bis zum Ende der Amtszeit von Präsidentin Arroyo im Juni 2010 Nationaler Sicherheitsberater und Generaldirektor des Nationalen Sicherheitsrates. Gleichzeitig war Gonzales von Juli bis August 2007 kurzzeitig der 32. Verteidigungsminister und von November 2009 bis Juni 2010 wieder zurück als der der 34. Als Nationaler Sicherheitsberater wurde er 2005 vom Senat wegen Missachtung des Kongresses inhaftiert.

Im Jahr 2006 beschuldigten belgische, niederländische und philippinische Demonstranten, darunter Mitglieder des belgischen und des flämischen Parlaments, ihn, die philippinischen Streitkräfte, die philippinische Nationalpolizei und Arroyo als "Drahtzieher" hinter den Hunderten von politischen Morden und dem gewaltsamen Verschwindenlassen und als "Kriegsverbrecher", die in Den Haag vor Gericht gestellt werden sollten. Gonzales steckte auch hinter der Idee, ein neues Massengrab zu inszenieren, um die Rolle des Militärs bei den politischen Morden zu verschleiern. Im Jahr 2008 schlug er als Nationaler Sicherheitsberater vor, wie die kommunistische Rebellion bis 2010 niedergeschlagen werden könnte: eine starke regionale Strategie zur Aufstandsbekämpfung zu entwickeln und die Amtszeit von PGMA zu verlängern.

Gonzales hat als Mitglied des Friedensausschusses an den Gesprächen mit der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) teilgenommen, die 1996 ein abschließendes Friedensabkommen mit der Regierung der Republik der Philippinen unterzeichnet hat.

Er plant, den Regionen mehr Autonomie einzuräumen und das Land in Richtung eines föderalen Systems nach dem Vorbild der USA zu entwickeln, wobei er für jeden offen ist, auch für konkurrierende Ideologien, solange sie nicht mit dem bewaffneten Kampf einhergehen.

In einer kürzlich geführten Debatte zeigte er sich offen für die Wiederaufnahme lokaler Friedensgespräche mit der NDFP.

ISKO MORENO, BÜRGERMEISTER VON MANILA

Francisco Moreno Domagoso, derzeitiger Bürgermeister von Manila und ehemaliger Schauspieler, kandidiert zusammen mit Dr. Willie Ong unter dem Namen AKSYON DEMOKRATIKO, war aber bereits Mitglied verschiedener politischer Parteien. Er behauptet, seine Loyalität gelte dem philippinischen Volk und nicht einer bestimmten Partei. In diesem Sinne präsentiert er sich auch in seinem Wahlkampf als bessere Alternative zu Leni Robredo und Bongbong Marcos, die seiner Meinung nach nur die Fortsetzung der beiden Parteien sind, die die Philippinen seit Jahrzehnten regieren: die Aquino- und die Marcos-Familie. Obwohl er nicht immer mit Duterte verbündet ist, hat Moreno gesagt, dass er den derzeitigen Präsidenten nicht dem Internationalen Strafgerichtshof ausliefern und ihn im Senat willkommen heißen würde. Er sagte jedoch, dass er die Philippinen wieder in den Internationalen Strafgerichtshof aufnehmen würde.

Sein Wirtschaftsprogramm konzentriert sich auf höhere Budgets für soziale Leistungen und die Pandemiebekämpfung, die Unterstützung der Industrie bei der Wiederbelebung, die offene Bereitstellung von Daten, die Eindämmung der Korruption durch den Einsatz von Technologie und die Entwicklung der Landwirtschaft. Er unterstützt die Build-Build-Build und Landgewinnungsprojekte, möchte sich aber auf Projekte im Bereich der sozialen Leistungen konzentrieren. Im Hinblick auf die internationalen Beziehungen will Moreno das Bündnis der Philippinen mit den USA nutzen, um die Verteidigung auf See gegen China in der Westphilippinischen See zu verstärken, will aber China als Wirtschaftspartner behalten. In Bezug auf den philippinischen Bürgerkrieg sagte er, er werde die Friedensgespräche mit der NDFP wieder aufnehmen. In Bezug auf andere soziale Fragen befürwortet Moreno die Legalisierung von Scheidungen, ist aber in den meisten Fällen gegen gleichgeschlechtliche Ehen und Abtreibungen.

LEODY DE GUZMAN

Leodegario Quitain de Guzman - besser bekannt als Ka Leody - ist ein ehemaliger Fabrikarbeiter und derzeitiger progressiver Arbeiterführer. Er kandidiert für die Partei Partido Lakas ng Masa zusammen mit seinem Partner Walden Bello für das Präsidentenamt. Sie haben ihren Wahlkampf offen als Anti-Marcos-Kampagne gestaltet, da sie sagen, dass sie bei den Wahlen gegen die "Marcos-Duterte-Achse des Bösen" antreten. Ka Leody hat gesagt, dass die Philippinen bei der Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshofs kooperieren sollten und dass es auch eine eigene Untersuchung in Bezug auf außergerichtliche Tötungen geben sollte.

Ka Leodys Wahlkampf konzentriert sich auf die sozialistische Politik und er verspricht, den Mindestlohn zu erhöhen, die Werkverträge für Arbeit abzuschaffen und eine Landreform und nationale Industrialisierung durchzuführen, falls er zum Präsidenten gewählt wird. Er sagt auch, dass er sich für eine einmalige Vermögenssteuer von 20 % für die reichsten Familien der Philippinen einsetzen wird, und dass er im Falle einer Ablehnung des Gesetzes durch den Kongress einen Volksentscheid auf den Weg bringen wird, bei dem alle registrierten Wähler ein Mitspracherecht über dieses Gesetz erhalten. In Bezug auf die internationalen Beziehungen ist er weder für eine Annäherung an die USA noch an China und sagt, die Philippinen sollten sich stattdessen auf Klimaschutzmaßnahmen konzentrieren. Außerdem sollten sie Bündnisse mit Ländern eingehen, die die philippinische Souveränität respektieren, und nicht mit großen kapitalistischen Nationen. Ka Leody spricht sich für die Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit der NDFP aus und weist darauf hin, dass die früheren Versprechen, die die Regierung den kommunistischen Rebellen gegeben hat - zum Beispiel in der Frage der Landreform - eingehalten werden sollten. In Bezug auf andere soziale Fragen ist Ka Leody für Autonomie für das Volk der Moro, für die Legalisierung der Scheidung und gegen die Legalisierung der Abtreibung.

Neue COMELEC-Regeln schränken die Meinungsfreiheit ein

Die philippinische Wahlkommission (COOMELEC) hat mehrere Anordnungen erlassen, die die Bürger an der Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung hindern.

Abschnitt 20 des COMELEC-Beschlusses 10730 schreibt vor, dass Wahlkampfmaterialien, die auf Privatgrundstücken angebracht werden, den Bestimmungen des Gesetzes über faire Wahlen entsprechen müssen. Auf diese Bestimmung beriefen sich die Wahlbeamten, als sie am 11. Februar Plakate und Planen aus den Häusern und Büros von Freiwilligen, die Oppositionskandidaten unterstützen, entfernten.

Die inhaftierte, oppositionelle Senatorin Leila M. de Lima erinnerte die COMELEC daran, die Rechte der Bürger bei der Durchsetzung der Wahlvorschriften zu respektieren. "Das Recht der Bürger, ihre Wahlpräferenzen durch Material auszudrücken, das sie auf ihrem eigenen Grundstück aufstellen, aufhängen oder auf andere Weise öffentlich sichtbar machen, ist geschützte Meinungsäußerung."

De Lima wies auch auf einen anderen Beschluss der COMELEC (10732) hin, wonach die Kandidaten oder ihre Parteien vor der Durchführung von Wahlkampfaktivitäten zunächst eine Genehmigung beantragen müssen. Sie merkte an, dass eine einfache Benachrichtigung ausreichen sollte.

"Eine Genehmigung zu verlangen, bevor man eine Wahlkampfaktivität durchführt, ist für mich mehr als eine bloße Vorschrift und daher von zweifelhafter Gültigkeit. Wäre es nicht ausreichend, die COMELEC über die geplante Aktivität zu informieren, anstatt eine vorherige Genehmigung zu verlangen?", fragte sie. Aufgrund dieser restriktiven COMELEC-Vorschrift hatten benachteiligte Parteilistengruppen Schwierigkeiten, in den Wahlkampf zu ziehen. Einem Kandidaten ist es nicht gestattet, in einem Gebiet aufzutreten und Wahlkampf zu betreiben, wenn keine Genehmigung der COMELEC vorliegt.

Die COMELEC erklärte, diese Beschlüsse dienten dem Schutz der öffentlichen Sicherheit während der Pandemie. De Lima betonte jedoch, dass die Pandemie nicht zu einer Beschneidung der Rechte führen dürfe.

"Die COMELEC mag in ihrem Eifer, die Wahlvorschriften zu verschärfen, um der Pandemie Herr zu werden, dieses Mal über das Ziel hinaus geschossen sein. Aber selbst eine Pandemie sollte kein Grund sein, unsere Demokratie und unsere demokratischen Übungen einzuschränken."

Unterdessen stellte ein Wahlrechtsanwalt die Anordnung der COMELEC in Frage, wonach Nichtkandidaten die Genehmigung der Wahlbehörde einholen müssen, bevor sie städtische Beamte um Erlaubnis bitten dürfen, wahlbezogene Aktivitäten zu organisieren. Solche "Richtlinien", so der Wahlrechtsanwalt, seien plötzlich zu willkürlichen Einschränkungen geworden, die von der COMELEC "ohne jede rechtliche und tatsächliche Grundlage" auferlegt worden seien.

Bulletin Nummer 2 erscheint am 15. März.

Reference:
Peter Murphy
+61 418 312 301
chairperson@ichrp.net